



Deutsche STI-Gesellschaft • Geschäftsstelle

WIR „Walk In Ruhr“ im St. Elisabeth Hospital
Bleichstraße 15, 44787 Bochum
Tel. 0234-5098926

Pressemitteilung

Kriminalisierung von Sexarbeit steigert Gesundheitsrisiken für Menschen in der Sexarbeit

Präsident:

Prof. Dr. N.H. Brockmeyer, Mülheim

Email:

norbert.brockmeyer@ruhr-uni-bochum.de
n.brockmeyer@derma.de

Vizepräsidentin:

Dr. S. Buder, Berlin

Generalsekretärin,

Vorsitz Sektion Sexuelle Gesundheit:

PD. Dr. V. Bremer, Berlin

Schatzmeisterin:

Dr. A. Potthoff, Bochum

Ehrenpräsident:

Prof. Dr. D. Petzoldt, Heidelberg

Beraterin des Vorstandes:

H. Langanke, Köln

Erweiterter Vorstand, Vorsitzende der Sektionen:

Forschung:

Prof. Dr. K. Ghoreschi, Berlin;

PD. Dr. D. Heuer, Berlin;

Leitlinien:

PD. Dr. R. Werner, Berlin;

Prof. Dr. H. Schöfer, Frankfurt

Labordiagnostik:

Dr. Dr. D. Münstermann, Bad Salzfluren

Epidemiologie:

Dr. K. Jansen, Berlin

WWW.DSTIG.DE

Bochum, 3. März 2025 – Anlässlich des Internationalen Tags der Rechte der Sexarbeiter:innen am 3. März bekräftigt die Deutsche STI-Gesellschaft (DSTIG) ihre ablehnende Haltung zur Kriminalisierung von Sexarbeit.

Die Fachgesellschaft tritt geplanten Verboten, die die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen kriminalisieren und die unter dem Schlagwort „Sexkaufverbot“ propagiert werden, entgegen. Sie bezieht sich dabei auch auf eine jüngste Stellungnahme des Deutschen Juristinnenbundes (1), der solche Pläne ebenfalls ablehnt. Wie wissenschaftliche Arbeiten und praktische Erfahrungen zeigen, verstärken solche Verbote die gesundheitlichen und sozialen Risiken für Menschen in der Sexarbeit. Zudem stehen sie, so die DSTIG, in direktem Widerspruch zu den Grundwerten von Sexueller Gesundheit und Selbstbestimmung.

„Das so genannte Sexkaufverbot würde für Sexarbeiter:innen den Zugang zu Gesundheitsdiensten und sozialen Unterstützungsangeboten noch mehr erschweren“, sagt die Berliner Sozialwissenschaftlerin Elfriede Steffan, die seit über 30 Jahren zu Sexarbeit forscht und für die DSTIG Fachforen zum Thema Sexarbeit gestaltet. Die ohnehin prekären Arbeitsbedingungen vieler Sexarbeitender würden sich demnach weiter verschlechtern, was insbesondere die sexuelle Gesundheit gefährden sowie das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, steigern würde.

Die Bedeutung der Sexuellen Gesundheit für die Betroffenen kann aus Sicht der DSTIG nicht genug betont werden. Wissenschaftliche Studien belegen, dass in Ländern, in denen Sexarbeit kriminalisiert ist, die gesundheitlichen Risiken für Sexarbeitende steigen. Ein reguliertes und sicheres Arbeitsumfeld sorgt dagegen für besseren Zugang zu präventiven Gesundheitsdiensten. Aktuell haben Sexarbeiter:innen in Deutschland Zugang zu Gesundheitsdiensten und Präventionsprogrammen. Das trägt entscheidend dazu bei, die Verbreitung von sexuell übertragbaren Infektionen (STI) zu verringern. Ohne diese Möglichkeit wird das Risiko für alle Beteiligten deutlich erhöht. Eine internationale Studie (3) zeigt, dass in Ländern mit einer Kriminalisierung der Sexarbeit die Inzidenz von sexuell übertragbaren Infektionen signifikant ansteigt.

In der aktuellen politischen Diskussion um die Rechte von Sexarbeitenden muss auch die Selbstbestimmung der betroffenen Personen gewahrt bleiben. Arbeitsverbote würden die Entscheidungsfreiheit und Autonomie der Sexarbeitenden massiv einschränken und ihre Fähigkeit zur Kontrolle über die eigene Gesundheit und das eigene Wohlbefinden untergraben. Expertin Elfriede Steffan hebt hervor, dass Verbote für diejenigen, die tatsächlich von sexueller Gewalt und Ausbeutung betroffen sind, keine Lösung bieten (4). Vielmehr verdecken solche Forderungen die komplexen sozialen und gesundheitlichen Dimensionen der Thematik und ignorieren wissenschaftliche Erkenntnisse, die zeigen, dass regulierende Modelle den Schutz und die Gesundheit der Beteiligten fördern.

Die DSTIG fordert daher eine sachliche und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema. Dies muss eine enge Zusammenarbeit mit den Menschen in der Sexarbeit, mit Fachverbänden, Hilfsorganisationen, dem öffentlichen Gesundheitsdienst und der Zivilgesellschaft umfassen, um die Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit zu verbessern und die Gesundheit sowie die Rechte der Sexarbeitenden zu schützen. Es geht darum, Lösungen zu finden, die auf den Rechten und Bedürfnissen der Betroffenen basieren und eine Gesellschaft fördern, die die Sexuelle Gesundheit und Selbstbestimmung ernst nimmt.

Quellen:

- (1) <https://www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/st25-05>
- (2) <https://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrebereiche/sag/forschung/promotionsprojekte/aktuelle-promotionsprojekte/christine-koerner/sexuelle-gesundheit-in-der-sexarbeit-vor-dem-hintergrund-des-prostschg-web-1.pdf>
- (3) <https://journals.plos.org/plosmedicine/article?id=10.1371/journal.pmed.1002680&fbclid=IwAR3a4FCoixYqDBlymAKqD107nQFd7Jsv6bYkhhr-idtjaX35avXU3MPfxhE>
- (4) <https://www.stiftung-gssg.org/presse/pressemitteilungen/>

Kontaktdaten:

Präsident der Deutschen STI-Gesellschaft: Prof. Dr. Norbert H. Brockmeyer

Geschäftsstellenleitung: Jennifer Schirmmacher

E-Mail: info@dstig.de